

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Autorinnen	XV
Abkürzungsverzeichnis	XVII

Teil 1

Verfahrensrecht und Gutachtenerstattung

A. Das Gutachten im familiengerichtlichen Verfahren	3
I. Erfordernisse eines Gutachtens für die familiengerichtliche Entscheidung	3
II. Das familiengerichtliche Verfahren	7
1. Verfahrenseinleitung	7
a) Antragsverfahren	7
b) Amtsverfahren	8
c) Antrags- und Amtsverfahren	10
2. Verfahrensbeteiligte	11
3. Recht auf rechtliches Gehör	11
4. Amtsermittlungsgrundsatz	13
5. Verfahrensdauer	14
a) Vorrang- und Beschleunigungsgebot	14
b) Beschleunigungsrüge und Beschleunigungsbeschwerde	17
6. Einstweilige Anordnung	20
7. Rechtsmittel	23
III. Auswahl des Sachverständigen	24
1. Eignung des Sachverständigen	24
a) Verfahren nach § 151 Nr. 1 bis 3 FamFG	26
b) Verfahren nach § 151 Nr. 6 bis 7 FamFG	28
c) Verfahren nach § 151 Nr. 4 bis 5 und 8 FamFG	28
2. Anhörung der Beteiligten vor der Auswahl des Sachverständigen	28
IV. Beweisbeschluss	30
1. Frei- und Strengbeweisverfahren	30
2. Gutachtenauftrag	31
a) Gutachtenform	31
b) Gutachtenthema	31
c) Entscheidungsorientierte Gutachten	35
d) Einvernehmensorientierte Gutachten	36
e) Methodenkritische Stellungnahme	44
3. Fristsetzung	45

4.	Einbeziehung von Beteiligten und Dritten in die Exploration	47
a)	Eltern, Vormund und Ergänzungspfleger	50
b)	Kind	54
c)	Bezugspersonen des Kindes	58
d)	Verfahrensbeistand	60
e)	Jugendamt und Familienhilfe	60
f)	Umgangspfleger und Umgangsbegleiter	62
g)	Ärzte, Therapeuten und Beratungsstellen	63
5.	Dolmetscher	65
6.	Kostenvorschuss	66
7.	Anfechtbarkeit des Beweisbeschlusses	67
V.	Pflichten des Sachverständigen	67
1.	Pflicht zur Gutachtenerstattung	67
2.	Weitere Pflichten des Sachverständigen	68
3.	Folgen bei Pflichtverstößen	72
a)	Ordnungsgeld	72
b)	Beschränkung und Wegfall des Vergütungsanspruchs	73
c)	Kostenauferlegung	74
d)	Herausgabeanordnung	74
e)	Schadensersatz	74
VI.	Datenschutz	75
VII.	Förderung und Überwachung der schriftlichen Begutachtung durch das Gericht	79
VIII.	Mündliche Erörterung des schriftlichen Sachverständigengutachtens	80
IX.	Besorgnis der Befangenheit des Sachverständigen	83
X.	Entpflichtung des Sachverständigen	90
XI.	Verwertung des Gutachtens	90
1.	Verwertbarkeit und Verwertung des Gutachtens	91
2.	Abweichen von den Empfehlungen des Sachverständigen	93
3.	Ergänzungs-, Zweit-, Ober- und Privatgutachten	94
XII.	Vergütung des Sachverständigen	96
1.	Vergütungsanspruch dem Grunde und der Höhe nach	96
2.	Fälligkeit des Vergütungsanspruchs und Vorschuss	103
3.	Frist zur Geltendmachung des Vergütungsanspruchs	103
4.	Beschränkung oder Wegfall des Vergütungsanspruchs	105
a)	Beschränkung des Vergütungsanspruchs	105
b)	Wegfall des Vergütungsanspruchs	107
5.	Festsetzungsverfahren und Beschwerdemöglichkeiten	107
XIII.	Verfahrenswert	109

B. Erstattung des Gutachtens	111
I. Qualifikation des Sachverständigen	111
1. Basale Qualifikationsanforderungen	111
2. Weitere, häufig erforderliche Qualifikationen	113
3. In speziellen Fällen erforderliche besondere Qualifikationen	118
a) Mediation	118
b) Aussagepsychologische Begutachtung	118
c) Begutachtung im interkulturellen Kontext	120
4. Fort- und Weiterbildungswege zum psychologischen Sachverständigen im Familienrecht	121
II. Ablauf der Begutachtung und Durchführung der psychologischen Untersuchung	122
1. Auftragsannahme	122
2. Kontaktaufnahme zu den Beteiligten	124
3. Aktenanalyse, Aktenauszug	125
4. Ableitung der psychologischen Fragen aus den Fragen des Familiengerichts	127
5. Untersuchungsplanung	128
6. Explorationen und Testdurchführungen	130
a) Exploration mit Eltern	130
b) Testverfahren zur Anwendung bei Eltern	135
c) Exploration mit Kindern	137
d) Testverfahren zur Anwendung bei Kindern	143
7. Interaktionsbeobachtungen	150
8. Datenerhebung bei Dritten	157
9. Abschlussgespräche, Reflexionsgespräche	160
10. Vorgehen bei einvernehmensorientierten Gutachten	161
III. Das schriftliche Gutachten	167
1. Formaler Rahmen	167
2. Darstellung der Ergebnisse der psychologischen Untersuchung	168
a) Aktenanalyse	169
b) Explorationen	169
c) Testverfahren	170
d) Interaktionsbeobachtungen	171
e) Drittinformationen	173
3. Befund	173
4. Beantwortung der Fragestellung des Familiengerichts	175
5. Literaturverzeichnis und Anhang	177
IV. Psychologische Konzepte und Operationalisierungen	177
1. Kindeswohl	177
2. Kindeswohlgefährdung	179
3. Erziehungsfähigkeit	182

4. Bindung	186
5. Kindeswille	195
V. Begutachtung im interkulturellen Kontext	198
1. Ethnopsychologische Vorüberlegungen	198
2. Besondere Entwicklungs Herausforderungen im Migrations- und Akkulturationsprozess ..	204
3. Besonderheiten bei der Durchführung der psychologischen Untersuchung	206
a) Verständigung und Dolmetschereinsatz	206
b) Kulturell bedingte Besonderheiten der Kommunikation	207
c) Einsatz von Testverfahren	208
d) Kulturell bedingte Besonderheiten bei Hausbesuchen und Interaktionsbeobachtungen	208

Teil 2 Einzelne Kindschaftssachen

Elterliche Sorge

A. Grundlagen zur elterlichen Sorge	213
I. Inhaber der elterlichen Sorge	213
II. Umfang der elterlichen Sorge	215
III. Maßstäbe kindschaftsrechtlicher Entscheidungen	217
B. Übertragung der elterlichen Sorge bei Getrenntleben der Eltern, § 1671 BGB	221
I. Rechtliche Grundlagen	221
1. Beibehaltung der gemeinsamen elterlichen Sorge nach Trennung und Scheidung	221
2. Übertragung der elterlichen Sorge auf einen Elternteil zur alleinigen Ausübung	225
a) Einigkeit der gemeinsam sorgeberechtigten Eltern	225
b) Keine Einigkeit der gemeinsam sorgeberechtigten Eltern / Widerspruch des mindestens 14 Jahre alten Kindes	226
c) Kein Regelungsbedürfnis aufgrund anderer Vorschriften	231
3. Übertragung der elterlichen Sorge auf den nicht mit der Mutter verheirateten Vater	232
4. Abgrenzung zur Übertragung der Entscheidungsbefugnis nach § 1628 Satz 1 BGB	233
5. Verfahrensbeendigung	235
II. Psychologische Fragestellungen	237
1. Allgemeine Kriterien	237
2. Kriterien auf Seiten der Eltern	238
a) Erzieherische Basiskompetenzen	238
b) Förderkompetenzen	238
c) Feingefühl und emotionale Responsivität	239
d) Lenkung und Grenzsetzung	239

e)	Bindungstoleranz	239
f)	Kooperation auf der Elternebene	240
3.	Kriterien auf Seiten des Kindes	243
a)	Bindungen und Beziehungen des Kindes	243
b)	Kontinuität	246
c)	Wille des Kindes	246
C.	Maßnahmen zur Abwendung einer Kindeswohlgefährdung, §§ 1666, 1666a BGB	251
I.	Rechtliche Grundlagen	251
1.	Verfassungsrechtlicher Rahmen	251
2.	Kindeswohlgefährdung	252
a)	Definition des Begriffs „Kindeswohlgefährdung“ aus juristischer Sicht	252
b)	Anhaltspunkte für das Vorliegen einer Kindeswohlgefährdung	255
c)	Gegenwärtigkeit der Kindeswohlgefährdung	256
d)	Keine Abhilfemöglichkeit bzw. -fähigkeit der Eltern	257
3.	Gerichtliche Maßnahmen zur Abwendung der Kindeswohlgefährdung	258
4.	Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	259
a)	Geeignetheit der Maßnahme	261
b)	Erforderlichkeit der Maßnahme	264
c)	Angemessenheit der Maßnahme	265
5.	Verfahrensbeendigung	266
II.	Psychologische Fragestellungen	268
1.	Definition des Begriffs „Kindeswohlgefährdung“ aus psychologischer Sicht	268
2.	Ressourcen und Einschränkungen der Erziehungskompetenzen der Eltern	269
3.	Bereitschaft und Fähigkeit der Eltern zur Abwehr festgestellter Gefährdungen	279
4.	Bindungsentwicklung des Kindes	281
5.	Bewältigungsressourcen, Schutzfaktoren und Resilienz des Kindes	283
6.	Sozial-emotionale und kognitive Entwicklung des Kindes, Entwicklungsauffälligkeiten und/oder manifeste Störungen	284
D.	Entscheidungen über die Herausgabe bzw. den Verbleib von Pflegekindern, § 1632 BGB	291
I.	Rechtliche Grundlagen	291
1.	Pflegekindschaft	291
2.	Herausgabeverlangen der Sorgeberechtigten, § 1632 Abs. 1 BGB	292
3.	Verbleibensanordnung oder Rückführung, § 1632 Abs. 4 BGB	293
a)	Maßstab für die Verbleibensanordnung bei angestrebter Rückführung in die Herkunftsfamilie	295
b)	Maßstab für die Verbleibensanordnung bei beabsichtigtem Wechsel der Pflegefamilie	298

c) Pflegeverhältnis auf Dauer vs. zeitliche Befristung einer Verbleibensanordnung	298
4. Verfahrensbeendigung	301
II. Psychologische Fragestellungen	303
1. Prognosefaktoren gelingender Rückführungen	303
2. Ressourcen und Einschränkungen der Erziehungskompetenzen der Eltern	303
3. Bindungen des Kindes	306
4. Bewältigungsressourcen des Kindes	310
5. Wille des Kindes	311

Umgang

E. Grundlagen zum Umgangsrecht	315
I. Zweck von Umgängen	315
II. Anwendbare Regelungen und Prüfungsmaßstäbe	315
F. Entscheidungen zum Umgang des Kindes mit seinen Eltern, § 1684 BGB	317
I. Rechtliche Grundlagen	317
1. Rechtsnatur des Umgangsrechts nach § 1684 BGB	317
2. Umgang des Kindes mit voneinander getrenntlebenden Eltern	318
3. Umgang des fremduntergebrachten Kindes mit seinen leiblichen Eltern	326
4. Umgangspflegschaft	329
5. Umgangsbeschränkung	331
6. Umgangsausschluss	336
7. Verfahrensbeendigung	339
II. Psychologische Fragestellungen	346
1. Umgang des Kindes mit dem getrenntlebenden Elternteil	346
a) Ressourcen und Einschränkungen des betreuenden Elternteils	347
b) Ressourcen und Einschränkungen des umgangsbegehrenden Elternteils	352
c) Konfliktodynamik, Kommunikation und Kooperation auf der Elternebene	355
d) Bindungs- und Beziehungsbedürfnisse des Kindes	357
e) Belastungen und Bewältigungsstrategien des Kindes	359
f) Wille des Kindes	362
2. Umgang des fremduntergebrachten Kindes mit den leiblichen Eltern	365
a) Ressourcen und Einschränkungen der leiblichen Eltern	366
b) Ressourcen und Einschränkungen der Pflegepersonen	368
c) Beziehung zwischen den Herkunftseltern und den Pflegepersonen	369
d) (Bindungs-)Bedürfnisse des Kindes	370
e) Vorbelastung und Belastungsreaktionen des Kindes	373
f) Wille des Kindes	376

G. Entscheidungen zum Umgang des Kindes mit seinen Großeltern, Geschwistern und Bezugspersonen, § 1685 BGB ...	379
I. Rechtliche Grundlagen	379
1. Rechtsnatur des Umgangsrechts nach § 1685 BGB	379
2. Maßstab und Ausgestaltung der Umgangsregelung	380
3. Umgangsbeschränkungen	382
4. Verfahrensbeendigung	382
II. Psychologische Fragestellungen	384
H. Entscheidungen zum Umgang des Kindes mit seinem leiblichen, nicht rechtlichen Vater, § 1686a BGB	387
I. Rechtliche Grundlagen	387
1. Entstehungsgeschichte des § 1686a BGB	387
2. Rechtsnatur des Umgangsrechts nach § 1686a BGB	387
3. Maßstab und Ausgestaltung der Umgangsregelung	390
4. Umgangsbeschränkungen	394
5. Verfahrensbeendigung	394
II. Psychologische Fragestellungen	396

Wechselmodell

I. Gerichtliche Anordnung des Wechselmodells	401
I. Rechtliche Grundlagen	402
1. Zuordnung zum Sorge- bzw. Umgangsrecht	402
2. Auswirkungen der Zuordnung zum Sorge- bzw. Umgangsrecht	406
3. Rechtsprechung zur Anordnung des Wechselmodells	407
4. Reformbedarf	412
II. Psychologische Fragestellungen	414
1. Paritätische Betreuung im Wechselmodell	414
2. Kriterien auf Seiten der Eltern	414
3. Kriterien auf Seiten des Kindes	417

Abänderung gerichtlicher Entscheidungen und gerichtlich gebilligter Vergleiche

J. Überprüfungs- und Abänderungsverfahren, § 1696 BGB, § 166 FamFG	425
I. Rechtliche Grundlagen	425
1. Aufhebung getroffener kindeschutzrechtlicher Maßnahmen	425

Inhaltsverzeichnis

2. Überprüfung und Abänderung nach Absehen von Maßnahmen nach §§ 1666, 1666a BGB	427
3. Abänderung einer gerichtlichen Entscheidung oder eines gerichtlich gebilligten Vergleichs	428
II. Psychologische Fragestellungen	432

Anhang

Gesetzestexte	437
Literaturverzeichnis	457
Stichwortverzeichnis	479